

Information
 zum Aushang

Einkommensrunde 2023 für die Beschäftigten von Bund und Kommunen (TVöD)

Erstes Angebot nicht zustimmungsfähig

Köln, 24. Februar 2023

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

am 22. und 23. Februar 2023 wurden die Tarifverhandlungen zur Einkommensrunde mit dem Bund und den Kommunen in Potsdam fortgesetzt. Die Arbeitgeberseite hat ein erstes Angebot vorgelegt, das jedoch von der dbb Verhandlungskommission als nicht ausreichend zurückgewiesen wurde. Nach Vorstellung der Arbeitgeber soll es nur geringe tabellenwirksame Erhöhungen bei einer sehr langen Laufzeit geben. Ein Mindestbetrag ist in dem Angebot nicht enthalten und wird insbesondere von den kommunalen Arbeitgebern kategorisch abgelehnt.

Das Angebot im Detail:

- Lineare Erhöhungen (auch für Azubis):
3 Prozent zum 1. Oktober 2023 und weitere 2 Prozent zum 1. Juni 2024
- Laufzeit: 27 Monate
- Inflationsausgleichsprämie: 1.500 Euro im Mai 2023 (Azubis 750 Euro),
1.000 Euro im Januar 2024 (Azubis 500 Euro), Teilzeitkräfte nur anteilig
- Änderungen bei der Jahressonderzahlung:
 - Kommunen: 75 Prozent ab 2023 in den EG 9a bis 15,
90 Prozent für alle ab 2024
 - Bund: 100 Prozent in den EG 1 bis 8, 90 Prozent in den EG 9a bis 12,
80 Prozent in den EG 13 bis 15, jeweils ab 2023
- Keine unbefristete Übernahme der Auszubildenden
- Kein Mindestbetrag
- Keine Verlängerung der Altersteilzeit



Unsere Forderungen und Erwartungen

Die Gewerkschaften haben ihre Forderungen aufrechterhalten und erneut im Detail begründet. Mit Hinweis auf die schwierige finanzielle Lage in vielen kommunalen Bereichen haben die Arbeitgeber unsere Forderungen erneut als unrealistisch abgelehnt. Für die Durchsetzung unserer Forderungen werden wir daher weiterhin kämpfen, mit guten Argumenten am Verhandlungstisch und mit bundesweiten Warnstreiks und Kundgebungen.

Wir fordern:

- Erhöhung der Tabellenentgelte um 10,5 Prozent, mindestens jedoch 500 Euro
- Erhöhung der Entgelte der Auszubildenden, Studierenden, Praktikantinnen und Praktikanten um 200 Euro sowie eine verbindliche Zusage zur unbefristeten Übernahme der Azubis
- Laufzeit 12 Monate

Und erwarten weiter:

- Zeitgleiche und systemgerechte Übertragung des Volumens auf den Bereich der Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Bundes sowie eine Reduzierung der 41-Stunden-Woche im Bereich der Bundesbeamtinnen und -beamten
- Verlängerung des Tarifvertrags zur Gewährung von Altersteilzeit

Wie geht's weiter?

Die Verhandlungen werden ab dem 27. März 2023 in Potsdam fortgesetzt. Gemeinsam mit dem dbb werden wir bis zum 27. März 2023 bundesweit zahlreiche Aktionen durchführen. Auch die Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten sind aufgerufen, in ihrer Freizeit teilzunehmen.

Informationen zu einzelnen Aktionen und alle weiteren Hintergründe zur Einkommensrunde 2023 sind auf der Sonderseite des dbb unter www.dbb.de/einkommensrunde abrufbar.

Jetzt gilt es gemeinsam, wir alle zusammen, die berechtigten Forderungen durchzusetzen!

Mit kollegialen Grüßen

 VDStra.-Fachgewerkschaft
 -Bundesvorstand-

 Hermann-Josef Siebigteroth
 Bundesvorsitzender

Hinweis für die Kolleginnen und Kollegen bei der Autobahn GmbH des Bundes:

Das Ergebnis dieser Einkommensrunde hat unmittelbaren Einfluss auch auf die Beschäftigten bei der Autobahn GmbH des Bundes. Denn bis Ende 2025 wird es bei der Autobahn GmbH keine eigenständigen Einkommensrunden geben. Verständigt hat man sich bereits von Beginn an darauf, dass die dortige Einkommensabelle bei entsprechend höheren Tabellenwerten im Bereich des TVöD-Bund entsprechend anzupassen ist.